

werden die Spaltenzelle oben vom Raum mit 30 Bg., folge aus Galle mit 20 Bg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unten Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 7 Bg. für Galle und andernfalls 1 Bg.

Schaden täglich frei. Sonntags und Feiertags einmal

Redaktion und Druck- u. Geschäftsstelle: Galle, Gr. Bauhofstraße 17; Verlagsdirektion: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

Saale-Zeitung.

Deutscherbierjäger Jahrgang.

Bezugspreis

Der Post amtlich bei postamtliche Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für anverlangt eingehende Manuskripte und ihre Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Cassenbogens: „Saale-Zeitung“ gestattet.

Verantwortl. Redaktions Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 1139 a; Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 352.

Salle a. S., Freitag, den 30. Juli.

1909.

Ein gefürchteter Gast.

Die Angststreife des Zaren.

Wohl kaum ist je die Mächtigkeit der schliffenden Pracht, der Unwert der Zarentrone so deutlich dargetan, wie durch die diesmalige Reise des russischen Kaiserpaars. Was ist es für eine arbeitsame, jämmerliche Herrlichkeit, die sich ängstlich vor aller Welt verkrüppelt, die sich nur zu entfallen wagt auf engumrissenen Raum, hinter Kanonen und Bajonetten.

Zwar die offiziellen Telegramme wissen nichts davon zu erzählen; sie berichten, wann die hohen Herrschaften gefürchtet haben und wen sie an der Tafel teilnehmen ließen, aber über den peinlich ausgefüllten und mit großen Kosten durchgeführten Sicherheitsdienst, über die übertriebenen Absperremassnahmen, die eine arge Plage für die Bevölkerung der vom Zaren besuchten Gegend wurden, darüber schweigen sie sich aus.

Außer je zwei Schwabronen der Wandsbeker und der Schleswiger Husaren sowie den in Schleswig garnisonierenden Bataillonen des Schleswigischen Infanterieregiments Nr. 64 wurde noch das in Neumünster lebende Schleswig-Holsteinische Infanterieregiment Nr. 163 zur Bewachung des Kaiser-Wilhelm-Kanals während des Durchfahrens des russischen Kaiserpaars herangezogen.

Abgesehen von den Streifpatrouillen waren alle Zugangsstraßen nach dem Kanal durch Unteroffiziers- und Doppelposten besetzt, die Hochbrücken mit Offiziersposten; auch hatte man sämtliche Privatschiffe, die im Kanal lagen, mit Militär besetzt. Am Kanal standen alle dreihundert Schritte Posten von drei Mann, und zwischen je zwei benachbarten Posten patrouillierten ein Soldat hin und her, während außerdem die Husaren die Zivilliste den ganzen Kanal lang zu beiden Seiten reitend eskortierten?! Zuschauer durften sich dem Kanal auf ebener Fläche höchstens bis auf 10 Meter, auf hügeligem und waldigem Terrain höchstens bis auf 60 Meter nähern!!

Und dazwischen liefen in emsiger Geschäftigkeit zahllose Geheimpolitisten, preussische und russische, alle in fieberhafter Aufregung, über das kostbare Leben jenes Mannes zu wachen, der bei aller Fülle seiner Macht doch so unendlich arm und hilflos ist.

Wenig Freude am Zarenbesuch hatten auch die Eckenförder. Nicht nur, daß im Hafen kein Verkehr mit Ruder- und Segelbooten gestattet war, es wurde sogar in dem eine halbe Stunde von Himmelmars entfernten bekannten Seebadort Borby das Baden am Strande untersagt! Unsere Behörden werden aufgebracht haben, als alles vorüber war, ohne daß tüchtige Mörderhand sich wider den Gewissen erhoben. Und sie werden mit Zagen und Zittern der Stunde gedenten, wo am 27. August der Herrscher aller Reußen aus fremdem Land zurückkehrt um abermals in der Kiever Bucht Gräbe mit Kaiser Wilhelm auszu-tauschen, wo all der Spuk von neuem anhebt: die Aufstiehung von Posten und Gendarmen und Militär, die Absperzung des Publikums, die Verhütung allen Verkehrs...

Nicht Post, nicht Reisige... Der Mann, der den Urtext zur preussischen Nationalhymne gedichtet und am 27. Januar 1790 zum erstenmal in Himmelsburg Wochenblatt hat abdrucken lassen, hieß Heinrich Harries und war Schleswig-Holsteiner. Aber wenn er in diesen Tagen Gelesenheit genommen haben sollte, vom Himmel einen Wink zu sein wegzuschlingens Heimatland zu weisen, so dürfte er zum wenigsten die Strophe von der Sicherung der steilen Höhe, auf der die Türken hielten, mit aller Entschiedenheit widerrufen haben. Nichts als waffenstarrende Mannen, wohin das Auge blickte. Selbst auf das offizielle Empfangs-rezional war verzichtet worden. Doch halt! Einer war zur Stelle: ein Herr in Zivil stand unbefleckt im abgeputzten Anzug, und was doch wieder ein russischer noch ein preussischer Geheimpolitist. Der Herr Landrat des Kreises. Als galanter Mann möchte er dem Zaren die schuldige deutsche Heuerzehr, der Zarin eine persönliche Aufmerksamkeit erweisen. Mit einem prächtigen Blumenstrauß steht er auf der Landungsbrücke von Borby, den kleinen Badoverts, natürlich ist die Brücke samt allen Anwesen seit der ersten Morgenstrahlung gesperrt; Post und Reisige hatten das Publikum von der Straße fern, an der der fürchtliche Gast zu landen gedankt. So vermutet man wenigstens; aber was sind Vermutungen?

Stunde um Stunde verbringt; da endlich trifft die Kunde ein, daß der Zar mit den Seinen der Sicherheit wegen den näheren Wasserweg vom „Stadart“ aus gewählt und den deutschen Boden am unscheinbaren Himmelmars Landungssteg betreten hat.

So brachte die Furcht vor bösen Absichten auch diesen Mann um die Frucht seiner Hoffnungen; des Landrats Blumenstrauß hatte seinen Beruf verfehlt. Aber gut war's, daß jene Nachricht kam, denn sonst hätte der Mann vielleicht jetzt noch auf der Brücke von Borby und harzte und harzte in Regenbrand und Sturmgebrüll...

Aber unbedenklich war's für den Zaren gewesen, jenen Weg zu nehmen am Himmelmars Landungssteg. Das Wasser stand niedrig, das Boot konnte nicht an die Landungsbrücke heran. Stromer Matrosen wurden kommandiert: sie saßen

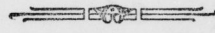
mit starkem Arm die arme Majestät und trugen sie lachte aus Land... Die arme verängstigte Majestät...

Und mittlerweile fanden in Kiel und Flensburg viele Tausende im dicht gefüllten Versammlungslokal und lauschten den donnernden Protesten, die sozialistische Führer, voran des alten Liebnechts Sohn, „im Namen der Menschlichkeit“ gegen den Zaren und seinen Besuch losließen. Eine nuchloie und überflüssige Demonstration: der, an den sie sich richtete, erfährt nie davon... Hört auch nie, wie ihn in England und Frankreich die dortigen Sozialisten mit gleichem Jähneswort begrüßen, wie sie feierlich und laut fordern, der, dessen Volk in Ketten schmachtet, sollte nicht das Land eines freien Kulturvolkes betreten. Im Gemeinderat zu Portsmouth gab's schon stürmische Szenen: sozialistische Mitglieder verlangten, „der Zar sollte durch seinen Besuch nicht ihr Land besudeln“, „der Zar in maßlosem Zorn“. Wäre der Zar ein gewöhnlicher Engländer, hätte man ihn längst gefängt oder ins Zarenhaus gefesselt... Und im Londoner Parlamente erschollen auch Proteste. Sir Edward Grey mekte erst in längerer Rede über die auswärtige Politik dazum, daß die Regierung nicht berechtigt sei, Söflichkeit zu unterlassen, die von allen Nationen Europas geübt werden. Im Laufe der Debatte watz der Nationalist Dillon bezeichnenderweise die Frage auf: „Warum hat denn der deutsche Kaiser keine Zucht, in England zu landen...“

Selbstverständlich können die Behörden sich nicht kümmern um die erregten Protestschreie der radikalen Parteien, aber bange ist's ihnen doch, wenn der russische Kaiser kommt. Sein Besuch bringt Verlegenheiten, Befürchtungen, Sorgen. Und die Absperren bereiten diesseits wie jenseits des Kanals Kopfschmerzen. Frankreich macht darin erst recht keine Ausnahme. Auch die französischen Behörden quälen sich, den Sicherheitsdienst so zu gestalten, daß nach menschlichem Ermessen fatale Zwischenfälle unmöglich sind. Der Untergrund des Zarenhofes wird seit Tagen aufs peinlichste überwacht; panzig Torpedoboote umkreisen das stolze Fahrzeug, daß keine Seemine ihm Gefahr bringe, kein Schiff darf sich nähern und nachts erhellten Scheinwerfer und Küstenfeuer und Lichter weisen die Rumpfe.

Und wenn der hohe Besuch programmäßig wieder Abschied nimmt und nichts Unangenehmes inszwischen geschehen ist, dann fällt den Verantwortlichen ein Stein vom Herzen, und sie machen in der Stille drei Kreuze hinter dem Kaiserlichen Gatter...

Amst Jar!...



Deutsches Reich.

Die preussische Verwaltungsreform.

Die vor einigen Wochen auf Grund königlicher Berufung mit dem Auftrag der Reform der preussischen Verwaltung gebildete Kommission hat eine ziemlich eng begrenzte Marschroute mitbestimmt, so daß man die Hoffnungen auf das aus ihrem Schoße hervorzuheben Wert nicht allzu hoch spannen darf. Das sollte aber doch nicht die Abganzheit des liberalismus einschließen, damit nicht der konservative Einfluß auf die Neugestaltung das Uebergewicht erhält. Die „National-Ztg.“ wird von juristischer Seite durch folgende Zuschrift auf diese Gefahr aufmerksam gemacht:

Besonders von den Angehörigen der rechtsstehenden Parteien und in Fachkreisen wird in letzter Zeit die Frage der preussischen Verwaltungsreform näher erörtert. Schon deshalb sollten auch die liberalen Parteien sich eingehender mit dieser Materie beschäftigen. Denn sonst werden von der Verwaltungskommission eingehüllte Beschlüsse gefaßt, ohne daß die Öffentlichkeit dazu Stellung genommen hat. Es muß doch bedacht werden, daß ein Teil der Fragen gar nicht im Landtag zur Sprache kommt, sondern daß sie auf dem Verwaltungswege erledigt werden können. Es wäre daher durchaus angebracht, wenn die linksliberalen Parteien unter Zuguhlung von Politikern, Juristen und interessierten Laien auf dem Lande einen Ausschuß bilden würden, der sich mit den in Fluß geratenen Dingen beschäftigt, damit eine Reihe von notwendigen modernen Vordereungen formuliert wird. In ähnlicher Weise haben ja auch die Anwälte zur Strafprozedurordnung einen sehr brauchbaren Entwurf veröffentlicht. Wo hin die Reise gehen soll, zeigt fast ein Blick des Landrats von Wolkenberg (Grünberg) im preussischen Verwaltungsblatt. Er verlangt da eine Vertiefung des Zuständigkeits auf neue Instanzen, so daß Entscheidungen des Regierungspräsidenten unanfechtbar sein sollen.

Die Ausführungsbestimmungen

zu allen Finanzgesetzen, die am 1. und 15. August in Kraft treten, sind nunmehr erschienen und im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht worden. Wie wir hören, werden die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen am 28. August wiederum unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsfinanzamts Vermuthung zusammenzutreten, um die Ausführungsbestimmungen für die Steuer auf Verbrauchsmittel mit Nachsteuer, die Zinsdarlehensteuer mit Nachsteuer, den Schenksteuer und für das Branntwein-

steuergesetz, die am 1. Oktober in Kraft treten, zu beschließen.

Die Beratungen werden wiederum einige Tage in Anspruch nehmen; nach Abschluß derselben soll die Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen im Zentralblatt für das Deutsche Reich sofort erfolgen.

Ueber politische Stimmungen in Baden

wird der „Ain. Ztg.“ geschrieben: Da im Laufe des nächsten Vierteljahres Landtagswahlen stattfinden, die für die politische Lage unseres Landes von größter Bedeutung sind, so finden schon jetzt tagtäglich in den verschiedensten Landestheilen politische Versammlungen statt, die fast überall stark besucht sind. Die Konfessionen und ihre Verbündeten, die Ultramontanen, erfahren es nun am eigenen Leibe, wie groß die Erbitterung unter s Mittelstandes über die neue „Reichsfinanzreform“ ist. Als am letzten Sonntag in einem Dorfe bei Bruchsal, das als Domäne des Zentrums gilt, ein bekannter Zentrumsführer aus Karlsruhe über die Erbschaftsteuer sprechen wollte, erhoben die anwesenden Landwirte und Arbeiter einen solchen Lärm, daß nicht nur der Redner, sondern auch der Ortsgeistliche aus dem Saal flüchten mußten. Auch in den übrigen Bezirken, in denen die Sozialarbeiter bisher Zentrumsanhänger abgeben hatten, feiert die Erbitterung gegen das arbeitserfindliche Zentrum von Tag zu Tag. Die Arbeitervereine sind in der Zentrumsfrage anemien sind, so die ausbildungsgeordneten Ketter von Meringer, erschien recht gefährdet. Als im Bezirk Mosbach dieser Tage der konservative Abgeordnete Bausch in einer politischen Versammlung die neue Steuererhebung verteidigen wollte, brachen liberale Gäste eine Resolution ein, die sich gegen die Konfessionen richtete. Mit lautm Jubel wurde der Antrag der Liberalen angenommen.

Eine amtliche Bitte um Geduld.

Die Zahlung und Nachzahlung der erhöhten Lehrergehälter ist immer noch nicht allgemein erfolgt. Die Geduld der Lehrerschaft wird auf eine harte Probe gestellt. Besonders die Landlehrer werden immer wieder betriefft. Da bei den verschiedenen Regierungsbehörden fortwährend Anfragen wegen der endlichen Auszahlung der Gelder einlaufen, hat sich, wie die „Waldogische Ztg.“ meldet, die Regierung zu Marienwerder genötigt gesehen, folgende Bitte um Geduld zu veröffentlichen:

„Die Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Dienstentommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909 steht zwar in kurzem bevor; es ist jedoch unmöglich, die durch das Gesetz festgelegten neuen Bezüge einschließlich der Pensionen schon in der allernächsten Zeit zur Zahlung anzuhelfen. Die Durchführung des Gesetzes wird vielmehr einen Zeitraum von drei bis vier Monaten erfordern, da die Verteilung der Ergänzungssumme auf die Schulverbände, die umfängliche Umrechnung der Alterszulagen, sowie die Festlegung des Dienstverhältnissstatus durch den Provinzialrat erst noch erfolgen müssen, bevor die Zahlungsanweisungen erfolgen können.“

In den anderen Provinzen liegen die Dinge meist ebenso. Also heißt es für die Lehrer noch weiter warten.

Das neue Tabaksteuergesetz

hat den Tabakarbeiterverband der Untermaingegend in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main beschäftigt. Ueber die Frage, wie sich der Uebergang in die neuen Verhältnisse in bezug auf die beschäftigten Arbeiter in schonender Weise für diese vollziehen lasse, gab es eine längere Aussprache, welche zu folgenden Beschlüssen führte:

„Die Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes der Untermaingegend erwartet von dem infolge der Verbefestigung des Tabaks zweifelloes eintretenden Rückgang im Verbrauch und wegen der Unmöglichkeit, neue Sorten, welche infolge der Steuererhöhung eingekauft werden müssen, wegen der Unfähigkeit ihrer Gängigkeit auf Lager arbeiten zu lassen, demächst beträchtliche Minderberellung in der Zigarettenindustrie. Sie richtet an alle Kollegen die dringende Bitte, dabei von Arbeiter-Entsagen in im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zunächst abzuzehen, vielmehr zu versuchen, den leitenden Arbeiterbestand der Betriebe durch Vertiefung der Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiter für die „wegen Einföhrung des Betriebes“ fällige eintretenden Lohnausfälle als bald in Gemäßheit von Artikel IIa des Gesetzes wegen Abänderung des Tabaksteuer-Gesetzes entschädigt werden.“

Auch die Frage, der durch die Steuererhöhung erfordern sich werdenden Preisverhältnissen an führte zu eingehenden Erörterungen, die folgende Beschlusfassung zum Ergebnis hatte:

„Die Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes der Untermaingegend vom 28. er. tritt dem Beschlusse des Deutschen Tabakarbeiterverbandes vom 15. Juli 1909 bei und hält es für unumgänglich nötig, daß der Einföhrung des 40proz. Verbrauchssteuersatzes entsprechend die Preise für Zigaretten unter Berücksichtigung der jetzigen Qualitäten erhöht werden.“

Es bezeichnet es als unmöglich, diese Preisaufschläge zahlenmäßig einseitig festzulegen, da die dafür maßgebenden Verhältnisse bei den einzelnen Herstellern nach Material und Form sehr verschieden liegen, und sie sonst deshalb auch die in der Hauptversammlung des deutschen Tabakarbeiterverbandes von einem Redner genannten Prozentzahlen für die Verteuerung der einzelnen Preisgruppen nicht als in allen Fällen ausreichend anerkennen.

Die Beschlaffung hält es für erforderlich, daß die Preis-
erhöhung allenthalben bis zur völligen Abmilderung der Nach-
frage geht und die richtigen an alle Kollegen im Deutschen Tabak-
gewerbe die bringende Bitte, die durch die Steuererhöhung be-
dingten Preisveränderungen der Kundenschaft gegenüber in diesem
Sinne zur Durchführung zu bringen. Sie spricht zur Kundenschaft
die Erwartung aus, daß sie im Interesse einer Gesunderhaltung
des gesamten Tabakgewerbes, ohne welche auch der Zigarrenhandel
nicht gedeihen kann, diese Bestrebungen der Hersteller unterstützt."

Tragfomischer Dilettantismus.

Der wirtschaftliche Rat Dr. v. Jagemann, früher
Mitglied des Bundesrats, jetzt Professor in Heidelberg, be-
ginnt einen Aufsatz über eine Hochschule für Politik und
Presse in der „Deutschen Neuzeit“ wie folgt:

In der derzeit wichtigsten Frage für unseren deutschen
Gesamtstaat, der Herstellung einer gesunden Reichsfinanz,
entzollte sich längst ein tragfomischer Steuerdilettantismus
im Reichstag. Die Opferbereitschaft weiserer Kreise in der
Nation, die Bereitwilligkeit insbesondere von
Handel und Industrie, gleichmäßig und nachhaltig
zu gerechten und zweckmäßigen Belastungen beizutragen,
ward beantwortet mit Spezialanträgen bald gegen diesen,
bald gegen jenen, der dem Reichstag, wo gerade die
Wirtschaftskammer und reichlicher Respektierung sich be-
wehrt. Unbekümmert würde man die emsige Arbeit von
Generationen, inneres Steuerkapital, Kraft nach auswärts,
vernichten! Um eine parlamentarische Aktion mit Wahrung
einer bekannten Parteiparole abzuschließen, obwohl draußen
auch eigene Genossen der Führer solches Galoppfahren ohne
Strafgeißel verkehrt bezeugen. Das Versehen auf die Zahl der
Stimmzettel erleidet die entthronte Besinnung, und die zeit-
weilige Mehrheit sieht dabei gar dem Ausland gegenüber
so wertvoll aus, daß der bewährte diplomatische Leiter ihr
als Brandopfer dient. Ohne alle Voreingenommenheit
für oder gegen einzelne Parteien (in den Fehlern finden ja
Verteilung und Abklärung statt), darf man wohl sagen: nach
einem schlagenden Beweis für die Notwendigkeit
besserer Vorbildung unserer Politiker
braucht man nicht weiter zu suchen."

Byzantinismus auf Hochschulen.

Als neuen Beleg für die Tatsache, daß auf deutschen
Hochschulen Bringen nicht mehr in dem alphabetischen Ver-
zeichnis der Studierenden aufgenommen, sondern abgeordnet
von der massa plebs an der Spitze des Verzeichnisses im
Festdruck für sich aufgeführt werden, weiß das „N. Z.“ zu
melden, daß in Heidelberg der Prinz Augustin von
Siam „doppelt fett“ gedruckt, an der Spitze aller Studen-
ten im Verzeichnis paradiert.

Der Skandal wird die schöne Gewißheit mit nach Hause
nehmen können, daß man auch außerhalb Ostasiens vor prin-
zipalen Personen auf dem Bauche liegt.

Wetterdienst für Luftschiffahrt.

Ueber die Einrichtung eines Wetterdienstes für Luftschiffahrt
schreibt man uns von unterirdischer Seite:

Sowohl von Seiten der meteorologischen Abteilung des
Physikalischen Vereins zu Frankfurt a. M., als auch
von dem Meteorologischen Observatorium und der

öffentlichen Wetterdienststelle zu Aachen ist ein beson-
derer Wetterdienst für die Luftschiffahrt organisiert worden.
Während der Zeitwetterdienst in erster Linie den täglichen Stun-
digen der Kugel- und Ventballons auf dem Aufstiegsgebiete
zugute kommt, bezweckt der am Aachener Observatorium einge-
richtete Wetterdienst für Luftschiffahrt den Vereinen, dem Nieder-
rheinischen und dem Kölner Klub, für die Tage, an welchen
hauptächlich Ballonaufstiege gemacht werden, Vorberlagen zu
geben. Das Material, auf dem derartige Vorberlagen beruhen,
wird durch den Entwurf einer Mittagswetterkarte auf Grund
der Mittagsbeobachtungen von etwa 40 über Europa verteilten
Stationen erweitert. Außerdem wird das Material der aereo-
logischen Stationen, namentlich deren Windmessungen benutzt, näm-
lich des Aachener Observatoriums zu Lindenberg, der
Drachenstation Groß-Borkel und Friedrichshausen, der aereo-
nautischen Station der „Uta“ und der Vistula-Station am Aachener
Observatorium. Auf Grund dieser Nachrichten wird von Seiten des
Aachener Observatoriums eine Vorhergabe gegeben; besonderes
Gewicht wird auf die Windverhältnisse gelegt. Außerdem ist ein
besonderer Wetterdienst eingerichtet in der Weise, daß eine An-
zahl hierzu gewonnener Beobachter sofort von herausfahenden
Gewittern telegraphisch Kenntnis gibt; es werden hiernach die
Richtung und die Fortschwindigkeit der Gewitterzüge bestimmt,
um etwaige Warnungen zu erteilen.

Der 24. Deutsche Korbmachertag

hat sich, wie die anderen Berufsorganisationen des Hand-
werks, auch mit der Frage befaßt, ob eine Zwangsversiche-
rung der Angehörigen des Handwerks geboten erscheine und
diese Frage durch Annahme folgender Resolution ver-
neint: „Der 24. Verbandstag des Bundes Deutscher Korb-
macher-Innungen erklärt sich gegen jede Zwangsversicherung
des selbständigen Handwerkers gegen Alter und Invalidität,
Witwen- und Waisenfürsorge, namentlich aber gegen die
Einbeziehung des selbständigen Handwerkers in die Privat-
angestellten-Versicherung, da die Beiträge hierfür für den
Handwerker zu hohe und unerschwingliche sind. Sollte jedoch
eine Zwangsversicherung gegen Alter und Invalidität für
das selbständige Handwerk für notwendig erachtet werden,
kann nur eine Angleichung an bereits bestehende der
Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeitnehmer in
Frage kommen, da dann dem selbständigen Handwerker die
Beiträge, welche er als Arbeitnehmer bereits geleistet hat,
nicht verloren gehen.“

Auch die Gehaltsfrage, die bereits den vorigen Korb-
machertag beschäftigt hatte, fand wieder zur Beratung. Es
wurde bemängelt, daß der Preis für die Gehaltsförmel vom
preussischen Kriegsministerium immer weiter herabgedrückt
werde. Berücksichtigung, auch vom Bundesvorsitzenden
Schmidt (Halle) wurde erklärt, daß man bei den
jetzigen Preisen immer noch einen Verdienst habe. Von
schlechten Korbwareninteressen wurde lebhafteste Klage
über die wachsende russische Konkurrenz geführt.

Parlamentarisches.

Zur Reichstagswahlwahl in Neustadt-Bandau

hat eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der
Landwirte die Interaktion des liberalen Kandidaten be-
schlossen, um so „dem sonst wahrrscheinlichen Sieg des Sozialdemo-
kraten vorzubeugen“. Das Zentrum proklamierte Wahlenthaltung.

Sie wird aber kaum befolgt werden, es ist weit eher eine Unter-
stützung der Sozialdemokraten zu erwarten. Die Chancen der
Nationalliberalen sind deshalb recht schlecht.

Reichstagswahl im Waldkreis.

Für die Reichstagswahl im Waldkreis Landberg
a. M. Solbin, die durch den Tod des bisherigen Reichstags-
abgeordneten Böning notwendig geworden ist, beachtlichen
die Konservative n. D. v. Kaldreuth auf Hofen-
gutsbesitzer und Major a. D. v. Kaldreuth auf Hofen-
walde, Kreis Landberg a. M., als Kandidaten aufzustellen.
Die Liberalen und Sozialdemokraten haben schon früher
ihre Kandidaten normiert, erlere den Generalsekretär des
Rathvereins der Liberalen, Weinhausen, letztere läßt
früheren Kandidaten Käsel, der bereits im Jahre 1907
in dem Wahlkreis kandidierte und in die Stichwahl kam.

Allgemeine Mitteilungen.

Schloß Jägerhof soll samt dem fiskalischen Teil des
Hofgartens und dem Marialgebäude für 1250000 Mark in den
Besitz der Stadt Düsseldorf übergehen. Ueber die künftige Ver-
wendung des Schloßes, das in seiner jetzigen Gestalt erhalten
bleiben soll, ist noch nichts bestimmt. An die Stelle des Marialles
soll ein Neubau treten, an dem auch die kunstvollen Preis-
schmuckereien, Jagdschloß darstellend, angebracht werden. Der fis-
kalische Teil des Hofgartens bleibt wie bisher als öffentliche An-
lage bestehen.

Die Universitäts Jena errichtet vom Wintersemester
1908 ab einen neuen Lehrstuhl für bürgerliches
und Handelsrecht.

Die Sibirexpedition der hamburgischen
wissenschaftlichen Stiftung ist von Hongkong nach den
Palau-Inseln abgegangen. Damit beginnt das zweite Expeditions-
jahr, das der Erforschung der Carolinen gewidmet ist.

Ausland.

Vom Aufruhr in Spanien.

Eine provisorische Regierung in Barcelona.

Der Aufruhr in Spanien hat sich derartig gestaltet, daß
die Lage unentwerrbar erscheint. Gerüchte außer-
ordentlich schwerwiegenden Inhalts rufen allenthalben große
Besorgnis hervor. So heißt es, daß in Barcelona eine
provisorische Regierung proklamiert
sei. Der „Eclat“ weiß aus Madrid zu melden, es handle
sich um einen wohlüberlegten Revolutionsplan, dessen
Führer der gegenwärtig flüchtige Abgeordnete Ferrer sei.
In Paris politischen Kreisen wird die Revolution in Ka-
talorien nicht einzig und allein auf die Vorgänge bei
Melilla zurückgeführt, die nur den äußeren Vorwand geben,
sondern auf das gänzlich korrupte Verwal-
tungswesen, das allmählich das nationale
Empfinden erstickt habe. In diesem Sinne äußert
sich auch der „Temps“, der durchgreifende Mittel zur Ge-
sundung des sozialen Körpers für nötig hält. Spanisches

Wißbein = Logik

Rinns =

Streichhölzer frisch eingetroffen.

4 Verkaufst-Tage
für sämtliche
**Kinder-Bedarfs-
Artikel.**

Gratis.
Bei Einkauf von 1 M an
1 Lufttorpedo
oder
1 Tüdelut (Indische Nachtigall).


Gratis.
Bei Einkauf von 2 M an
1 Salon-Schläger
oder
1 Luftballon.

Sonabend

Sonntag

Montag

Dienstag



4 Verkaufst-Tage
für sämtliche
**Kinder-Bedarfs-
Artikel.**

Gratis.
Bei Einkauf von 3 M an
2 Tafeln Schokolade
oder
1 grosser Flugdrachen.

Im Erfrischungsraum
1 Tasse Schokolade und 1 Stück Kuchen 10
1 Portion Eis mit Schlagsahne 10

